

## Sommerempfang SPD-Schwandorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen – werte Gäste,

es ist ein beliebtes Stilmittel, eine Rede mit einem Zitat einer berühmten und für das vortragende Publikum beliebten Person zu beginnen – dem will ich mich heute bedienen:

Ich zitiere also:

„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und von Furcht.“

Dieses Zitat ist von Willy Brandt und es stammt aus seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender beim außerordentl. Parteitag der SPD in Bonn am 14. Juni 1987.

Frieden und Freiheit von Not und Furcht – damit ist das Spannungsfeld aufgemacht, in dem sich das politische Berlin aktuell befindet.

Denn dass wieder Krieg auf europäischem Boden geführt wird – ein brutaler Angriffskrieg gegen einen demokratischen,

souveränen Staat, ausgehend von einer Atommacht mit imperialistischen Großmachtphantasien – dass sich schlimmste Kriegsverbrechen nur wenige Autofahrstunden von uns entfernt in der Ukraine ereignen, ist etwas, von dem viele von uns – einschließlich mir – im Jahr 2022 nicht gerechnet haben.

Deutschland und die Bundesregierung und Olaf Scholz stehen seit Beginn des Krieges an der Seite der Ukraine, auch wenn in den letzten Wochen von einzelnen Politikern in einigen Talkshows das Gegenteil behauptet wurde.

Binnen weniger Tage hat die SPD ihre außen- und sicherheitspolitisches Prinzip, keine Waffen in Kriegsgebiete zu senden, aufgegeben, um der Ukraine in ihrer Landesverteidigung beizustehen. Gleichzeitig musste das Regierungshandeln so abgewogen werden, um nicht Gefahr zu laufen, selbst zur Kriegspartei zu werden. Bei der Lieferung verfügbarer Verteidigungswaffen und Schutzausrüstung an die Ukraine musste außerdem immer auch im Blick behalten werden, die eigenen Wehrhaftigkeit der Truppe im Bündnis der Nato nicht zu gefährden – da gerade an der Nato-Ost-Flanke in Litauen die Bundeswehr die Grenzsicherung kurz nach dem Angriffskrieg mit weiteren 350 Soldatinnen und Soldaten verstärkt hatte.

Auf diesem schmalen Grat bewegte sich Olaf Scholz in den letzten Monaten – für mich ist das kein Zaudern, werte Gäste, sondern Besonnenheit: eine wichtige Eigenschaft, wenn sich die weltpolitische Sicherheitslage so dramatisch verändert, wie aktuell.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch kurz auf das Thema der Waffenlieferungen eingehen – weil sich hier ja eine ganz eigene Dynamik in der öffentlichen Debatte entwickelt hatte, die auch dazu führte, dass ich Briefe aus meinem Wahlkreis erhielt mit der Frage, warum der Ukraine nicht geholfen werde.

Deutschland hat der Ukraine aus den **Beständen der Bundeswehr** oder über den Ringtausch mit unseren Partnerländern von Beginn an Waffen und andere Mittel zur Landesverteidigung geliefert oder beschafft.

Bei diesen Lieferungen musste aber jeweils geprüft werden, was davon abgegeben werden kann, ohne eben die eigenen Verteidigungsstärke nicht zu schwächen.

Alle kennen die Berichte über den Zustand der Bundeswehr: von Fahrzeugen, die nicht fahren, von fehlender Munition und Ersatzteilen.

Dieser aktuelle Zustand der Bundeswehr hat natürlich unmittelbar auch Auswirkungen auf die Möglichkeit, militärisches Material an die Ukraine abzugeben.

Die Liste der bislang gelieferten Waffen – einzusehen auf der Website des Verteidigungsministeriums – zeigt aber eindrücklich, dass von einer Zurückhaltung hier nicht die Rede sein kann:

- 15.000 Panzerabwehrminen
- 500 Flugabwehrraketen STINGER
- 7 Panzerhaubitzen 2000
- 21,8 Mio. Schuss Handwaffenmunition
- 100.000 Handgranaten

Die Hilfe und Unterstützung geht aber natürlich weiter:

Letzte Woche verhandelten VertreterInnen aus knapp 40 Ländern in Lugano über den Wiederaufbau der Ukraine – auch hieran wird die Bundesrepublik einen großen Anteil leisten in enger Abstimmung mit unseren Partnern.

Und wie wichtig an dieser Stelle diese Partnerschaft unter den Demokratischen Ländern ist, zeigt auch, dass Finnland und Schweden den Beitritt zur NATO nun auch auf den Weg gebracht haben.

Denn es ist klar: Der russische Angriffskrieg richtet sich nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen uns und alle unsere Partner, die wie wir für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Solidarität eintreten.

Und: Es ist auch klar, dass dieser Krieg auch bei uns spürbar ist.

Auf der einen Seite natürlich durch die hier Schutz suchenden Menschen aus der Ukraine – ihnen konnte rasch vor Ort geholfen werden, viele sind bei Bekannten untergebracht worden oder die Helferstrukturen aus dem Jahr 2015 konnten so rasch aktiviert werden, um hier schnell Wohnraum und eine erste Versorgung sicher zu stellen. Die Aufnahme vieler Kinder in Kitas und Schule wird vor Ort gemeistert, zum 1. Juni haben wir das Bafög für Studierende aus der Ukraine geöffnet, die hier ihr Studium fortsetzen wollen.

Mein Dank gilt an dieser Stelle an alle ehrenamtlichen HelferInnen vor Ort und auch an die BürgermeisterInnen, die oft die Schaltzentrale in der Kommune waren und sind, um ad hoc angekommene Menschen zu versorgen. Vielen herzlichen Dank!

Ein weiterer Aspekt, den wir unmittelbar spüren, sind aber natürlich auch die gestiegenen Energiepreise und Lebensmittelpreise. Sie rufen bei vielen im Land existenzielle Ängste hervor – und wir alle wissen, dass viele Menschen eine 4-7 fache Erhöhung der Heizkostenjahresabrechnung schlicht und ergreifend nicht werden bezahlen können!

Was diese Kostenexplosion anbelangt, so haben wir in der Zukunftscoalition ein Entlastungspaket in Höhe von 30 Mrd. Euro auf die Spur gesetzt, das gerade kleine und mittlere Einkommen unterstützt.

- Heizkostenzuschuss für TransferleistungsbezieherInnen in Höhe von 270 Euro und das Energiegeld in Höhe von 300 Euro für Einkommensbeziehende
- 100 Euro Kindergeldzuschlag pro Kind
- Steuerlichen Entlastungen wie der Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags
- 9-Euro-Ticket und Tankrabatt
- Abschaffung der EEG-Umlage zum 1.7.

Aber auch die Sozialen Maßnahmen, die wir bereits beschlossen haben, werden wirken: Zum 1. Oktober kommt der Mindestlohn in Höhe von 12 Euro, vor kurzem haben wir die höchste Rentenerhöhung seit 40 Jahren im Bundestag verabschiedet und mit dem Kindersofortzuschlag von monatlich 20 Euro für Kinder in von Armut gefährdeten Familien. Wir haben den Elternfreibetrag für das Bafög zum Wintersemester um 20% erhöht und ermöglichen somit ab sofort mehr jungen Menschen ein Studium oder erleichtern es ihnen. Im nächsten Jahr gilt es, den Bafög-Satz auch spürbar zu erhöhen und die Studierenden hier zu entlasten.

In einem zweiten Schritt verfolgt Olaf Scholz derzeit im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern eine konzertierte Aktion. Gemeinsam getragen auf mehreren Schultern sollen Instrumente entwickelt werden, um eine Rezession zu verhindern, Standorte zu stabilisieren, Wertschöpfungsketten zu erhalten und Beschäftigung zu

sichern – damit sollen weitere negative Auswirkungen dieses Krieges, der doch leider allem Anschein nach nicht bald zu Ende gehen wird, sie sollen verhindert werden, was eben nur in einer Gemeinschaftsaufgabe zwischen Politik, Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen funktionieren kann.

Und dann kommt aber auch noch eine weitere Kraftanstrengung hinzu!

Denn: Neben all den genannten Maßnahmen zur Abfederung der Härte bei den Energiekosten und zur Krisenfestigkeit des Arbeitsmarktes arbeitet die Bundesregierung mit Hochdruck daran, uns aus der Abhängigkeit von Putins Gas zu befreien.

Und an dieser Stelle muss ich schon auf eines kurz eingehen:

Das oft nach dem Beginn des Angriffskrieges lapidar dahergesagte „Frieren für Frieden“ – das war und ist auch nicht bis zum Ende durchgedacht → Ausgekühltes Haus ist kaum mehr bewohnbar: vielen Häusern Schimmel. → Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Polizeistationen etc. Ganz zu schweigen von der Abhängigkeit der Industrie, gerade auch in unserer Region: Heizöfen der Glas- und Porzellanindustrie – Milchindustrie etc.

In kürzester Zeit haben wir von Berlin aus Gesetze verabschiedet, um uns aus dieser Abhängigkeit zu befreien:

- April: Gasspeichergesetz: höhere Füllstände
- Juni: LNG-Gesetz → Beschleunigung für den Bau von landgebundenen und schwimmenden Terminals für Flüssiggas (ab Sommer möglich!)
- Osterpaket: Wind-auf-Land und Wind-auf-See-Gesetz → größte Programm zum Ausbau der EE seit dem EEG-Gesetz und dabei stärken wir die Bürgerenergiegenossenschaften, die endlich das viele Geld, auf dem sie sitzen, in Windkraftanlagen werden verbauen können
  - ⇒ Wir stärken wieder die Photovoltaik – denn es war eines der größten Fehler der Energie- und Industriepolitik der letzten 15 Jahre, dass wir dem Solar-Boom hierzulande selbstverschuldet den Gar ausgedreht haben.

Und neben all diesen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der Freiheit von Not und Furcht, zeigt sich eben, dass auch die noch nicht erwähnten Werte der Sozialdemokratie – Gerechtigkeit und Solidarität – in all diesen Herausforderungen und in den Antworten darauf zu finden sind.

Gerade mit Blick auf den Wert der Solidarität erlauben Sie – erlaubt ihr mir – an dieser Stelle aber schon einen kleinen Seitenhieb auf unseren Koalitionspartner die FDP: Wenn eine Zeitenwende beschrieben wird und wenn diese von uns, von



der SPD, es abverlangt, ihre jahrelang fest verankerte außen- und sicherheitspolitischen Ideale hinsichtlich Waffenlieferungen in Kriegsgebiete über Bord zu werfen, wenn vom Koalitionspartner der Grünen abverlangt wird, in arabischen Ländern Flüssiggas-Geschäfte abzuschließen, was bei weitem noch keiner grünen Energie entspricht, dann halte ich es auch für geboten, dass der dritte Koalitionspartner ebenfalls fest verankerte Grundsätze angesichts dieser Zeitenwende über Bord wirft – ich meine eine gerechte Steuerpolitik durch Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe oder durch Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Kapitalertragssteuer. Liebe FDP – dies wäre schon aus Sicht der sozialen Gerechtigkeit das Gebot der Stunde, aber es ist gerade mit Blick auf die multiplen Krisen, denen wir und die Gesellschaft ausgesetzt sind, die Möglichkeit um den sozialen Frieden in diesem Land zu sichern und somit die Demokratie von innen heraus zu schützen, liebe Freundinnen und Freunde.

An dieser Stelle kann ich nur für die SPD in der Regierung sprechen und sage: dass wir die Herausforderungen unserer Zeit stets so lösen versuchen werden, dass ein möglichst gutes Leben für die vielen Millionen Menschen in diesem Land erreicht wird und nicht für wenigen, die viele Millionen haben. Und in diesem Sinne schließe ich meine kurze Rede auch mit den Worten Willy Brandts:

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.  
Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit  
eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat,  
wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Vielen Dank!

Freundschaft und Glückauf!